

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Ulrich, Jan van Aken,
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/4795 –**

Zusagen deutscher Finanzinstitute zur Unterstützung Griechenlands

Vorbemerkung der Fragesteller

Medienberichten zufolge hat der deutsche Vertreter bei einem „board meeting“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) am 9. Mai 2010 argumentiert, dass die deutschen Geschäftsbanken zugesagt haben, Griechenland zu unterstützen, indem sie das Volumen griechischer Anleihen während des Programmzeitraums aufrechterhalten. Das Protokoll der entsprechenden Sitzung wurde u. a. von „THE WALL STREET JOURNAL“ veröffentlicht. Darin heißt es: „The Dutch, French, and German chairs conveyed to the Board the commitments of their commercial banks to support Greece and broadly maintain their exposures“.

In der Antwort auf die Schriftliche Frage 55 des Abgeordneten Alexander Ulrich auf Bundestagsdrucksache 18/4856 bestätigt das Bundesministerium der Finanzen diesen Sachverhalt und gibt an, dass insgesamt 13 deutsche Finanzinstitute eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung abgegeben haben.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Fragesteller nehmen in den Vorbemerkungen ihrer Kleinen Anfrage Bezug auf ein Protokoll der IWF-Sitzung vom 9. Mai 2015, welches angeblich vom Wall Street Journal (WSJ) veröffentlicht wurde. Bei dem besagten Dokument handelt sich jedoch nicht um ein Sitzungsprotokoll, sondern um eine interne B-Note eines Sitzungsteilnehmers. Der Text enthält dessen subjektive Einschätzungen und gibt die Aussagen einzelner Direktoren nicht notwendigerweise unverfälscht wieder. Es ist ausdrücklich keine offizielle Dokumentation der Sitzung des IWF-Exekutivdirektoriums.

1. Welche Finanzinstitute haben die in der Vorbemerkung der Fragesteller angesprochene Selbstverpflichtungserklärung abgegeben?

Folgende Institute hatten vor fünf Jahren ihre Absicht erklärt, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Möglichkeiten bestehende Kreditlinien gegenüber der Hellenischen Republik und griechischen Banken und ihr Anleiheengagement gegenüber der Hellenischen Republik aufrechtzuerhalten:

Diese Absichtserklärung bezog sich auf einen Zeitraum von drei Jahren beginnend im Mai 2010:

- Commerzbank AG,
- DekaBank,
- Deutsche Bank AG,
- Deutsche Postbank AG,
- Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG,
- Hypo Real Estate/Deutsche Pfandbriefbank AG,
- Hypo Vereinsbank UniCredit Group,
- Landesbank Baden-Württemberg,
- WestLB AG,
- Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank AG,
- HSH Nordbank,
- Bayerische Landesbank,
- Allianz SE.

2. Welche Rolle hat diese Erklärung während der Debatte beim IWF um das erste Griechenland-Programm gespielt?

Der deutsche Exekutivdirektor hat in der Sitzung zur Gewährung einer Bereitschaftskreditvereinbarung des IWF für Griechenland am 9. Mai 2010 auf die Absicht deutscher Banken hingewiesen, Griechenland weiter zu unterstützen, in dem u. a. bestehende Kreditlinien in Griechenland beibehalten und auslaufende Kreditlinien teilweise erneuert werden.

3. Wie hat sich das Volumen griechischer Anleihen in den Bilanzen der 13 deutschen Finanzinstitute seit dem Jahr 2010 entwickelt (bitte nach Möglichkeit monatliche, ansonsten jährliche Angaben)?
4. Wie hat sich das Volumen griechischer Anleihen in den Bilanzen des deutschen Finanzsektors insgesamt seit dem Jahr 2010 entwickelt (bitte nach Möglichkeit monatliche, ansonsten jährliche Angaben)?
5. Bei welchen deutschen Finanzinstituten kam es zwischen Mai 2010 und Mai 2013 zu einem deutlichen Rückgang beim Anleiheengagement gegenüber Griechenland?

Wie ist dieser jeweils zu quantifizieren?

Die Fragen 3, 4 und 5 werden zusammen beantwortet.

Eine detaillierte Quantifizierung von einem Anleiherückgang auf Einzelinstituts-ebene ist nicht möglich. Der Bundesregierung liegen weder für die 13 Finanzinstitute noch für den deutschen Finanzsektor gesonderte Daten über den Gesamt-

bestand von griechischen Unternehmens- und Staatsanleihen vor. Wie über die öffentlich zugänglichen Daten ersichtlich ist (u. a. „Consolidated Foreign Claims“ Statistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), ist der Gesamtumfang von Verpflichtungen des deutschen Bankensektors gegenüber Griechenland seit dem Jahr 2012 zurückgegangen. Diese Entwicklung ist u. a. auf die erhöhten Unsicherheiten in Griechenland zurückzuführen.

Denn in diesem Zusammenhang möchten wir auf die Beteiligung des Privatsektors am Schuldenschnitt im Jahr 2012 hinweisen. Nach dieser Vereinbarung verzichteten die privaten Gläubiger auf 53,5 Prozent des Wertes ihrer ausstehenden griechischen Staatsanleihen. Die verbleibenden 46,5 Prozent wurden in neue Wertpapiere mit Laufzeiten von elf bis 30 Jahren umgetauscht. Je nach Laufzeitstruktur und Kupon der Anleihe haben die privaten Gläubiger einen Verlust von bis zu 70 Prozent hinnehmen müssen. Diese Abschreibung bedingten einen Rückgang der Forderungen gegenüber Schuldern in Griechenland.

6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über entsprechende Erklärungen niederländischer und französischer Finanzinstitute und die Entwicklung griechischer Anleihen in deren Bilanzen in den folgenden Monaten und Jahren?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

7. Wie hat sich die Bundesregierung im Mai 2010 während der IWF-Debatte um eine Beteiligung des privaten Sektors beim ersten Griechenland-Programm positioniert?
9. Welche Einschätzung vertrat die Bundesregierung im Mai 2010 bezüglich der u. a. vom brasilianischen Generaldirektor artikulierten Sorge, dass das Griechenland-Programm auf einen „Bailout der privaten Gläubiger Griechenlands“ hinauslaufe?

Die Fragen 7 und 9 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung vertrat die Einschätzung, dass die Bereitschaft verschiedener Gläubigergruppen zu einer koordinierten freiwilligen Verlängerung ihrer Beteiligungen wie auch der spätere Schuldenschnitt das Programm unterstützen und das Risiko eines „Bail-out der privaten Gläubiger“ zumindest stark eingeschränkt wird.

8. Welche Einschätzung vertrat die Bundesregierung im Mai 2010 bezüglich der Wachstumsannahmen des ersten Griechenland-Programms, die gemäß der Stellungnahmen zahlreicher Generaldirektoren verschiedener Länder beim IWF als deutlich zu optimistisch eingeschätzt wurden (siehe u. a. <http://blogs.wsj.com/economics/2013/10/07/imf-document-excerpts-disagreements-revealed/>)?

Die Bundesregierung ist in diesem wie auch in anderen Fällen der Einschätzung des IWF und der Europäischen Kommission zu den Wachstumsannahmen gefolgt. Die Konzeption des Anpassungsprogramms zielt darauf ab, durch Strukturformen die Voraussetzung für tragfähiges Wachstum zu schaffen. Grundpfeiler dafür sind die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, der Aufbau einer modernen Verwaltung, tragfähige Staatsfinanzen, der Erhalt der Finanzstabilität sowie die Finanzierung der Realwirtschaft.

